



Bargeldabschaffung durch rücksichtsloses Machtstreben



Die weltweite Bargeldabschaffung schreitet immer schneller voran und steht im direkten Zusammenhang mit dem Machtausbau der US-Regierung. Anhand einiger Beispiele aus der ganzen Welt schaut Kla.TV genauer hin, welcher Vorgehensweisen die Finanzstrategen sich hierfür bedienen. Und welche Konsequenzen hat die Bargeldabschaffung für den einzelnen Bürger, besonders mit Blick auf seine im Grundgesetz verankerten Freiheiten?

Die US-Regierung ist eine der starken Kräfte, die für die weltweit immer schneller voranschreitende Bargeldabschaffung verantwortlich ist. So wurde mit Hilfe der US-Behörde für Entwicklungshilfe USAID im Jahr 2012 die „Better than Cash Alliance“ gegründet. Durch diese wird seitdem die weltweite Bargeldabschaffung massiv vorangetrieben. Grund für dieses Engagement der USA ist, dass der bargeldlose Zahlungsverkehr weltweit von US-amerikanischen Firmen beherrscht wird. Dadurch ist es der US-Regierung indirekt möglich, die finanziellen Transaktionen einzelner Länder, Banken, Firmen und auch einzelner Personen zu überwachen und sie vom bargeldlosen Zahlungsverkehr auszuschließen, wenn sie nicht in ihrem Sinn handeln. Dies stellt einen gewaltigen Machtfaktor dar, der inzwischen fast so groß sein dürfte wie die militärische Dominanz der USA. Durch das Zurückdrängen des Bargelds wächst somit automatisch die Macht der USA.

Die Vorgehensweise dieser Finanzstrategen zum Ausbau ihrer Macht durch die Hand großer Zahlungsdienstleister oder internationaler Bankensysteme nehmen wir nun anhand einiger Beispiele aus der ganzen Welt unter die Lupe:

Der international tätige Zahlungsdienstleister VISA hat intensive Maßnahmen eingeleitet, um das Zahlen mit Bargeld zu verdrängen. So sollen mit einem Budget von bis zu 500.000 US-Dollar Bars, Cafés und Restaurants in den USA gefördert werden, wenn sie kein Bargeld mehr annehmen. Des Weiteren versuchte VISA die bulgarische Regierung dahingehend zu beeinflussen, dass die Bargeldobergrenze in zwei Schritten auf ca. 500 € gesenkt wird. Dass es hierbei um handfeste wirtschaftliche Interessen geht, belegen Zahlen aus den USA. Dort entstanden im Jahr 2018 allein durch Kreditkartenzahlungen Kosten in Höhe von 90 Milliarden US-Dollar. Geld das zum größten Teil von den Kunden gezahlt wurde und in die Taschen der bargeldlosen Zahlungsdienstleister floss. Doch dies sind nicht die einzigen Folgen einer zunehmenden Verdrängung des Bargelds. Anhand der drastischen Entwicklungen in Griechenland, lassen sich die Konsequenzen der Bargeldabschaffung erahnen. Dort werden die Bürger mit Steuerstrafen belegt, wenn sie zu wenig bargeldlos bezahlen und die Geschäfte werden quasi gezwungen, Verträge mit Unternehmen wie VISA abzuschließen. Auch muss zuhause aufbewahrtes Bargeld den Behörden angezeigt werden und es wird beschlagnahmt, wenn dessen Herkunft nicht nachgewiesen werden kann.

Und hier gehen die Interessen zweier Bereiche; die der Zahlungsdienstleister und der

internationalen Bankensysteme Hand in Hand: Im Folgenden wird klar, dass diese Bereiche wie Zahnräder eines Uhrwerks ineinandergreifen, um bis zum Privateigentum die Kontrolle über finanzielle Mittel zu bekommen.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, arbeitet die EZB seit Jahren mit sinkenden Leitzinsen. Da Negativzinsen auf dem Sparkonto einer schleichenden Enteignung gleichkommen, können sich Anleger durch das Abheben ihres Geldes vor Wertverlust schützen. Diese Selbstbestimmung über die eigenen Vermögenswerte begrenzt aber die Einflussmöglichkeiten der EZB. In einem Arbeitspapier des IWF zur Umsetzung des Negativzinssystems wird nun vorgeschlagen, auf Bargeld eine Umtauschgebühr zu erheben, die demselben Zinssatz entspricht, welcher auf angelegtes Vermögen anfällt. Bei einem Negativzinssatz von bspw. -5% bekäme man dann bei der Abhebung von 100€ am Bankautomaten noch 95€ Bargeld in die Hand. Die Konsequenz wäre, dass die Attraktivität von Bargeld als Sparanlage und Zahlungsmittel drastisch sinken würde und einer endgültigen Abschaffung des Bargelds der Weg geebnet wäre. Prof. Hans-Werner Sinn, ehemaliger Präsident des ifo-Instituts und Wirtschaftsweiser, kommentiert dazu: „Wenn die EZB beim Euro das Bargeld abschaffen will, muss Deutschland die DM wieder einführen.“ „Bargeld ist ein wichtiger Bestandteil von Freiheit.“ „Geld heißt soviel wie geprägte Willensfreiheit. Es ist daher für den Menschen, der dieser völlig beraubt ist, von zehnfachem Wert.“ Fjodor M. Dostojewski, russischer Schriftsteller.

von sih.

Quellen:

- <http://norberthaering.de/de/27-german/news/746-washington-und-indiens-bargeld>
- <https://www.cashkurs.com/cashkurs-tv/beitrag/eine-unheilige-allianz-norbert-haering-ueber-die-wahren-drahtzieher-und-hintergruende-im-weltweiten-kr/>
- <http://www.businessinsider.de/visa-bezahlt-geschaefte-dafuer-bargeld-abzulehnen-2017-7>
- <http://norberthaering.de/de/27-german/news/861-helge-p>
- <https://www.welche-kreditkarte.info/news/4489-usa-diskussionen-ueber-kreditkartengebuehren-der-haendler-reissen-nicht-ab/>
- <http://www.mmnews.de/wirtschaft/120465-iwf-bargeldverbot-ab-2020-1>
- <http://www.watergate.tv/iwf-waehrungsreform-und-bargeldabschaffung/>
- <http://www.btc-echo.de/iwf-diskutiert-strafozinsen-auf-bargeld/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Bargeldabschaffung - www.kla.tv/Bargeldabschaffung

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.